

Paroli

Linke Blätter
für Stadt,
Landkreis und
Universität
Ausgabe Nr. 45
Mai 2023

MoVe35 mit Bremse

Verkehrskonzept lahm bei ÖPNV und kleinen Geldbörsen

Die „Planersocietät Dortmund“, die für die Stadt unter Beteiligung der Stadtgesellschaft ein Mobilitäts- und Verkehrskonzept (MoVe35) entwerfen soll, ist nicht zu beneiden. Klimaschutz und Mobilitätsbedürfnisse unter einen Hut zu bringen, war das Ziel. Ganz gelungen ist es nicht.

Dem Entwurf des Endberichts zufolge soll der Verkehr bis 2035 das Klima und die Menschen weniger belasten. Der Radverkehr soll attraktiver werden durch einen Rad-schnellweg im Lahntal und mit Ost-West-Radachsen zum Stadtwald/Hasenkopf, zu den Behringwerken und auf die Lahnberge. Auch der Fußverkehr soll mit einer Nahmobilitätsachse zwischen Hauptbahnhof, Oberstadt und Südbahnhof gefördert werden.

Beim Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) bleibt der Bericht weit hinter den Möglichkeiten zurück. Positiv ist die Bevorzugung der Busse z.B. an Ampeln. Der geplante Batterie-Oberleitungsbus (BOB) verringert zwar Verkehrslärm

und Emissionen, verbessert aber im Gegensatz zu den schnelleren und bequemerem Verkehrsmitteln Tram oder Seilbahn nicht die Konkurrenzfähigkeit zum Pkw-Verkehr – wie der Bericht eingesteht. Auf sie wird dennoch verzichtet. Während Gießen eine Regio-Tram, die die Innenstädte von Marburg und Gießen mit der Region verbinden würde, prüfen will, wird sie im MoVe35-Bericht noch nicht erwähnt.

Positiv zu bewerten ist, dass Schnellbuslinien für Hauptverkehrsstrecken vorgesehen sind, hoffentlich nicht folgenlos wie im Verkehrsentwicklungsplan von 2000.

Mit den Verbesserungen für ÖPNV und Radverkehr glaubt man die Hälfte der Pkw-Fahrer*innen zum Umstieg bewegen zu können. Dies wird durch Einbahnstraßenregelungen in Deutschhaus- und Biegenstraße und eine eventuelle Unterbrechung des Durchgangsverkehrs am Rudolphsplatz unterstützt. Der Plan verzichtet auf Maßnahmen, die den Pkw-Verkehr attraktiver machen könnten: CDU/

FDP/BfM-Konzepte wie Behringtunnel und Westumgehung finden ebensowenig Gnade wie die Parkhausräume von SPD und Grünen an der alten Uni-Bibliothek oder am Afföller.

Bemerkenswert ist, dass das Thema „kostenloser ÖPNV“ gar nicht vorkommt, obwohl es mit Stadtpass preisgünstige Tickets gibt, Nulltarif an Wochenenden bereits beschlossen wurde und ein Bürgerbegehren

Fortsetzung S. 5

Kommentar

Entlastung erkämpft

Nach zwei Wochen Streik war die Rhön-AG, die Betreiberin der Uniklinik, bereit, dem von ver.di und den Beschäftigten geforderten Tarifvertrag „Entlastung“ zuzustimmen. Schichtgenaue Personalvorgaben und zusätzliche freie Tage bei erhöhter Belastung wurden durchgesetzt. Dass dadurch 10 Prozent mehr Stellen geschaffen werden müssen, führt vor Augen, wie destruktiv die Zustände in der Uniklinik sind. Auszubildende erhalten eine Übernahmeprämie und auch für die ausgegliederte Service GmbH gibt es jetzt eine Beschäftigungsgarantie. Am Ende profitieren das Personal und die Patient*innen.

Viele Organisationen und Initiativen in Marburg und Gießen, darunter auch DIE LINKE, standen an der Seite der Beschäftigten. Ver.di gewann über 1.000 neue Mitglieder und mehr als 3.000 Menschen demonstrierten am 31. März in Marburg ihre Unterstützung. Auf Initiative der Marburger Linken verabschiedete das Stadtparlament eine Solidaritätserklärung.

Der erfolgreiche Streik für den Tarifvertrag „Entlastung“ zeigt erneut: Verbesserungen der Arbeitsbedingungen gibt es selten aus Großzügigkeit der besitzenden Klasse, sondern weil sie erkämpft werden. Erstmals wurde ein solcher Vertrag an einem privaten Klinikum durchgesetzt. DIE LINKE wird die Krankenhausbewegung weiter unterstützen, bis Gesundheit Vorrang vor Profiten hat. Der einfachste Weg ist eine Rückführung der Uniklinik in öffentliche Hand. Alex Cramer

Wieder in den Landtag!



Foto: DIE LINKE, Hessen

▲ **Kandidierende: Eyup Yilmaz (Platz 8), Jan Schalauske (2), Elisabeth Kula (1), Axel Gerntke (6), Christiane Böhm (3), Barbara Schlemmer (7)**

Elisabeth Kula und Jan Schalauske sind das Spitzenduo der LINKEN für die Landtagswahl am 8. Oktober. Am 22. April wurden die beiden aktuellen Fraktionsvorsitzenden von über 85 % der Delegierten auf die beiden ersten Plätze der Landesliste gewählt. Von einer Krise der Partei war bei der Wahl der Liste, auf der 17 Frauen und 13 Männer kandidieren, nichts zu spüren.

Als „gelungenen Coup“ bezeichnete der Hessische Rundfunk, dass auf Platz 7 Barbara Schlemmer, das Gesicht der Proteste gegen den Weiterbau der A49 und bisherige Fraktionsvorsitzende der Grünen in Homberg (Ohm), antritt.

Für den Wiedereinzug der LINKEN in den Landtag kandidieren auch die Krankenschwester und Betriebsrätin Christiane Ohnacker und der Lufthansa-Betriebsratsvorsitzende Christian Hirsch. Alex Cramer



Foto: Philipp Kaufmann

▲ **DIE LINKE unterstützte den Kampf der UKGM-Beschäftigten für einen Tarifvertrag „Entlastung“. Philipp Henning (Kreisvorsitzender), Max Peter (Kreistagsmitglied) und Jan Schalauske (Fraktionsvorsitzender im Landtag) auf der Demonstration am 31. März (vlnr.)**

Streit um den Hasenkopf

Auf Äckern soll auch bezahlbarer Wohnraum entstehen



Foto: Nico Biver

▲ Blick auf das geplante Baugebiet. Im Hintergrund der zu Ockershausen zählende Ortsteil Stadtwald

„Das neue Wohnquartier am Hasenkopf soll als Vorzeigequartier für ein zukunftsfähiges, klimagerechtes und sozial durchmischtes Wohnen mit alternativen Mobilitätsangeboten entwickelt werden.“ So lautet der Grundsatzbeschluss des Stadt-

parlaments von 2022. Die Marburger Linke hat dem zugestimmt, denn es fehlen Wohnungen in Marburg. Dabei ist es ihr keineswegs egal, dass weiterer Boden versiegelt wird, was Umweltorganisationen zu Recht kritisieren. Nur ist die Frage, ob das

vermieden wird, wenn am Hasenkopf nicht gebaut wird.

Nach dem Abschluss eines umfangreichen Beteiligungsprozesses bildete sich die Bürgerinitiative „Wir sind Hasenkopf“, die mit einer Kundgebung im Februar gegen das Projekt mobilisierte. Sie behauptet einen geringeren Baubedarf, den sie auf dem früheren Gelände der Firma Monette verwirklicht sehen will. Außerdem thematisiert sie den wachsenden Verkehr.

Grundlage der Planung ist die Prognose des Regierungspräsidiums, dass die Marburger Bevölkerung bis 2030 deutlich wächst. Wie schon die BI hat Björn Wisser in der Oberhessischen Presse (31.1.2023) darauf hingewiesen, dass frühere Schätzungen nicht gestimmt hätten. Das ist zweifellos richtig. Aber die reale Entwicklung der Mietpreise und Zahl der Arbeitsplätze macht deutlich, dass zusätzlicher Bedarf an Wohnungen besteht. Seit 2000 gibt es 33 % mehr Beschäftigte in Marburg. 4.400 pendeln zusätzlich nach Marburg. Laut Immobilienmarktbericht sind die Mieten von der Erhebung 2018-2020 bis zu der von 2020/21 um 7 % gestiegen. Die Quadratmeterpreise von Wohnungen haben sich 2017 bis 2021 je nach Stadtteil zwischen 28 % (Kernstadt) und 102 % (Cappel) erhöht, die von Bauland um 54 %.

Kein Wunder, dass die Bevölkerung in den Nachbargemeinden nicht – wie früher prognostiziert – ab-, sondern zugenommen hat. Menschen, die in Marburg arbeiten, ziehen ins Umland, weil es an bezahlbaren Woh-

nungen und an Bauland fehlt, versiegeln dort Äcker und Wiesen und fahren mit ihrem Pkw zur Arbeit nach Marburg.

Durch die Senkung des Gewerbesteuersatzes wird sich diese Entwicklung verstärken, da auf Kosten anderer Gemeinden Betriebe in die Marburger Steueroase wechseln werden. Die Folgen: mehr Verkehr, fehlender Wohnraum, höhere Mieten. Und es steigt der Bedarf an Gewerbegebieten, die bekanntlich auch Ackerboden versiegeln.

Der Hasenkopf ist ein beliebtes Naherholungsgebiet. Aber wo gebaut werden soll, wird kein Baum oder Strauch weichen müssen. Dort wird intensive Landwirtschaft betrieben, die bekanntlich eine Hauptverursacherin der Naturzerstörung ist. Trotz einer gegenteiligen Studie wird behauptet, Ockershausen und Innenstadt würden von Frischluft abgeschnitten. Besonders empört die BI, dass bis zu 5 Stockwerke hoch gebaut werden kann – obwohl damit die Baufläche von 9 auf 5 ha verringert wird.

Manche Argumente der BI gegen die Bebauung scheinen vorgeschoben, um mehr Marburger*innen ins Boot zu bekommen. Fast niemand stört sich daran, dass auf den Lahnbergen hektarweise Wald für Universität und Klinikum abgeholzt und für Pharmabetriebe am Görzhäuser Hof Ackerland versiegelt wird. Dies wird aber zum Politikum, wenn in der Nachbarschaft nicht nur Einfamilienhäuser, sondern Sozialwohnungen entstehen sollen.

Nico Biver

Pläne für die Schublade?

Was soll mit Marburgs Steuermillionen passieren?

Die Corona-Pandemie brachte viele gesellschaftliche Verwerfungen, für die Stadt Marburg flossen aber allein über die Impfstoffproduktion von BionTech viele Millionen Euro Gewerbesteuer in die Stadtkasse. So viel, dass gar nicht alles auf die Schnelle ausgegeben werden kann. In solchen Fällen ist es ratsam, planmäßig mit den Geldern umzugehen. Ein Rahmeninvestitionsplan wurde entwickelt, der bis 2030 rund eine halbe Milliarde Euro auf die verschiedenen Bereiche der Stadtentwicklung verteilt. Dabei ist selbstverständlich, dass dies keine starren Festlegungen sind, sondern immer wieder zu überprüfende und zu korrigierende Plangrößen. Auch für unvorhergesehene Ereignisse muss man liquide Mittel bereithalten. Bildung, Kinderbetreuung samt der notwendigen Bauten – auch für Sport – sind die größten Posten. Bezahlbarer Wohnraum, Klimaschutz, Mobilität folgen. Durch alle Bereiche soll sich die Sozialpolitik ziehen.

Gut so, sagt auch die Marburger Linke. Allerdings: Die Liste Marburger Pläne ist lang. Oft sinken diese schnell in einen sanften Schlaf und haben wenig Kontakt zur Wirklichkeit. So darf es nicht gehen.

Renate Bastian



▲ Gedenkfeier am 23. März in Ruhla-Thal (Thüringen) am Denkmal für die 1920 von Marburger Korpsstudenten bei Mechterstädt ermordeten 15 Arbeiter: Gerald Slotosch, Bürgermeister von Ruhla, Henning Köster (für den Marburger Magistrat) und Justizministerin Doreen Denstädt (vlnr.). Aus Marburg erinnerte Michael Heiny von der Geschichtswerkstadt an das Massaker.



Fotos: Bettina Heiland/Henning Köster



▲ Blick auf die Fläche zwischen Landratsamt und KreisJobCenter von der Brücke über die Beltershäuser Straße

„Ab in den Süden“

Um die Beltershäuser Straße entsteht ein neues Quartier

Die Vorstellungen für ein „urbanes Stadtgebiet mit einer hohen Wohn- und Lebensqualität“ wurden Ende Januar auf einer Bürger*innenversammlung gemeinsam entwickelt. Darüber hinaus besteht das Ziel, die beiden Stadtteile Cappel und Richtsberg besser zu verbinden. Im Folgenden nehmen zwei Ortsbeiräte der Marburger Linken Stellung.

Blick vom Richtsberg

Es ist ambitioniert, in den zwei Marburger Stadtteilen Richtsberg und Cappel, die durch eine hochfrequentierte Autostraße getrennt sind, Leben, Wohnen und Arbeiten zu verbinden.

In unterschiedlichen Workshops diskutierten die Bewohner*innen die Zielvorstellungen. Schwerpunkte waren die Themenfelder Wohnen, Aufenthaltsqualität, Verkehrsreduzierung und ÖPNV, kurz Lebensqualität gemeinsam gestalten. Jedoch entlarvend ehrlich die einführenden Vorgaben und Worte des Planungsbüros aus Kassel: Wir wollen die Beltershäuser Straße verkehrsberuhigen, ohne dass diese wichtige Verkehrsader an Leistungsfähigkeit verliert. Viele interessierte Menschen aus Cappel und dem Richtsberg brachten engagiert ihre Ideen in den Workshops ein. Man wurde allerdings das Gefühl nie so ganz los, von dem zuständigen Projektleiter sanft aber bestimmt in eine Richtung gelenkt zu werden. Diese Rahmenplanung hat Chancen, wichtige Ideen von Bürgerinnen und Bürgern aufzugreifen und umzusetzen, aber nur, wenn man bereit ist, bereits vorgefertigte Zielvereinbar-

rungen aufzugeben – es kann sich lohnen. *Bernd Hannemann*

Blick aus Cappel

Zum Thema Freiraumgestaltung der Gruppe „Garagenhof“, gemeint ist der ehemalige Kinderspielplatz „Kunterbunt“, wurden fünfzehn Kernvorstellungen erarbeitet. Gleich am Anfang stellte sich heraus, dass die Planungsfläche bis einschließlich zur Friedrich-Ebert-Straße erweitert werden muss, unter besonderer Berücksichtigung des kleinen Einkaufszentrums, das zu einem Markttreff auszugestaltet ist.

Ein zweiter Gedanke war, dass der Garagenhof als ein Treffpunkt für Jung und Alt hergerichtet werden soll, sodass er als Begegnungsstätte für alle Bewohner und Bewohnerinnen des unteren Richtsbergs liebenswert ist und zudem die Menschen einbezieht, die an der Beltershäuser Straße im Stadtteil Cappel wohnen.

Des Weiteren soll der Damaschkeweg zu einer Spielstraße werden, um auch Kindern und älteren Menschen einen sicheren Raum zur Verfügung zu stellen.

Nicht zuletzt kam der Vorschlag, die schmale Ackerfläche zu pachten bzw. zu kaufen, die sich zwischen BSF und dem Übergang zum Landratsamt befindet, um eine Streuobstwiese mit Nutzsträuchern zu gestalten und Hochbeete anzulegen.

Erst, wenn alle Vorschläge zusammengetragen, auf Umsetzbarkeit geprüft sind und der Stadtverordnetenversammlung vorliegen, wird man sehen, was davon letztlich übernommen wurde. *Tanja Bauder-Wöhr*

Bauen – aber mit Verstand

Mitsprache im Südbahnviertel eingefordert

In Kürze entsteht rund um das Stadtbüro bis zum Südbahnhof ein völlig neues Viertel. Zunächst wird die Sparkasse Marburg-Biedenkopf auf dem freiwerdenden Gelände der 3U Holding ihr neues Hauptgebäude errichten. Das Stadtbüro soll ebenfalls erneuert werden. Bekanntlich hat der Immobilieninvestor Schreyer+Schreyer (S+S) große Flächen auf dem ehemaligen Molkereigelände aufgekauft, um seine teuren Wohnungen gewinnträchtig auf den Markt zu bringen.

Die Sparkasse will dort nun durch nachhaltiges Bauen überzeugen, viel Grün wird geplant, aber auch viele neue Parkplätze sind vorgesehen: eine Tiefgarage und zusätzlich eine Hochgarage mit insgesamt rund 500 Stellplätzen. Dabei wurde erst jüngst eine neue Stellplatzsatzung verabschiedet mit dem Ziel, neuen Parkraum zu vermeiden. Vorhersehbar ist: Der Verkehr im Quartier wird sich deutlich erhöhen. Zwischen Sparkassenbau und S+S-Prunkwohnungen sollen aber auch

bezahlbare Wohnungen durch die städtische Gesellschaft GeWoBau entstehen.

Die für das große Projekt immer wieder eingeforderte Bürger*innenbeteiligung reduzierte sich auf eine Informationsveranstaltung. Viele Fragen sind bis heute unbeantwortet. Eine Einbeziehung der Nachbarschaft und der Stadtgesellschaft muss also anders aussehen. Dafür wäre ausreichend Zeit gewesen, denn seit Langem waren die Grundstücke an Privatinvestoren veräußert und die Planungen der Sparkasse schon vor Jahren begonnen worden. Jetzt hat sich die „Initiative Quartier Südbahnhof“ gegründet, durch die die Anwohner*innen ein Wörtchen mitreden wollen.

Auch dieses Beispiel zeigt, dass Marburg ein integriertes Entwicklungskonzept für einzelne Quartiere sowie die ganze Stadt braucht, in dem die verschiedenen Lebensbereiche wie soziales Wohnen, Arbeiten, Kultur oder Klimaschutz integriert sind. *Tanja Bauder-Wöhr*



▲ Vor der ehemaligen Molkerei in der Frauenbergstraße wehen bereits die Fahnen des Investors S+S.

Armut: kein drängendes Problem?

Seit Herbst drängt die Marburger Linke darauf, die Folgen von Inflation und Preisexplosion für den weniger vermögenden Teil der Marburger Bevölkerung zu eruieren, um schnell gegensteuern zu können. Das nötige Kleingeld ist ja da. Dazu sollten im Sozialausschuss die Initiativen gehört werden, die sich um

die Betroffenen kümmern. Das hat die Regierungskoalition eisern verhindert. Stattdessen soll es einen Fachtag geben, der das Thema umfassend beleuchtet, nach Aussage der Stadträtin allerdings „nicht vor Sommer“. Bis dahin schauen die Betroffenen sprichwörtlich in die Röhre. *Roland Böhm*



Foto: Nico Biver

▲ Vor 20 Jahren: Die Windkraftwerke in Wehrda sind die letzten, die die Stadtwerke in Marburg gebaut haben.

Windkraft: Links wirkt

Obwohl in Marburg der Klimanotstand ausgerufen wurde, liegt die Entwicklung von Windkraftanlagen (WKA) auf den sechs Vorrangflächen im Dornröschenschlaf. Jetzt sollen endlich die zwei Gebiete auf den Lahnbergen, die sich im Landesbesitz befinden, vom Landesbetrieb Hessenforst ausgeschrieben werden.

Noch im Juni 2022 hatte die Oberhessische Presse berichtet, dass Hessenforst „eine zeitnahe Ausbietung“ des Gebietes am „Lichter Küppel“ nicht mehr vorsehe. Dort hatte die Stadt 2015 Planungen für den Bau von WKA gestoppt, nachdem die Stadtwerke bereits kostspielige Windmessungen durchgeführt hatten. Als Vorwand diente die Entdeckung, dass Rotmilane den Wald überfliegen würden. Die OP vermutet jedoch eher politischen Widerstand als Grund für den Planungsstopp.

Auf Nachfrage des Landtagsabgeordneten Jan Schalauske konnte Umweltministerin Priska Hinz (Grüne) keinen triftigen Grund nennen, warum Hessenforst nicht tätig wurde. Nebulös hieß es, dass „die Perspektiven einer Windkraftentwicklung nicht ausreichend belastbar waren“ und das Interesse bei möglichen Betreibern „zurückhaltend“ gewesen sei.

Die Marburger Linke beantragte deshalb, der Marburger Magistrat solle „zeitnah Gespräche mit Hessenforst aufnehmen“. Die Stadtwerke sollten die WKA entwickeln, um die Wertschöpfung in der Region zu belassen und Bürger*innen

zu beteiligen. Die Koalitionsparteien ersetzen den Antrag durch einen eigenen, der vorsah (wenn auch ohne Zeitvorgabe), dass die Stadt ein Konzept zur Windkraft auf den Lahnbergen entwirft und mit Hessenforst einen entsprechenden Vertrag schließen soll. Allerdings wurde die Festlegung auf die Stadtwerke als Betreiberin relativiert. Dennoch scheint sich jetzt etwas zu tun.

Nico Biver

Notstand normal?

Seit Juli 2022 sind die Verwaltungsaußenstellen Cappel, Marbach und Wehrda geschlossen. Alle Bürger*innen müssen mit ihren Anliegen ins Stadtbüro. Dieses hat seine Öffnungszeiten massiv eingeschränkt: pro Woche nur 26,5 Stunden für die rund 77.000 Marburger*innen. Die Folge: Verdross und Ärger für alle Seiten. Die Bürger*innen müssen einen erhöhten Zeitaufwand einplanen, die verbliebenen Beschäftigten bekommen unberechtigterweise den Frust ab. Die für den 1. April versprochene Wiedereröffnung verschiebt sich gerüchteweise bis September.

Auf Initiative der Marburger Linke hat sich das Stadtparlament bereits zweimal mit dem Thema befasst. Die Forderung, die Außenstellen ab sofort wenigstens ein bis zwei Tage die Woche wieder zu öffnen, wurde abgelehnt bzw. mit der Formulierung „so schnell wie möglich“ relativiert. Roland Böhm

Integrieren statt isolieren

Geflüchtete und Alteingesessene sollen profitieren

Noch trifft man bei uns nicht auf Leichtbauhallen und Zeltstädte, in denen geflüchtete Menschen zusammengepfert werden. Dezentrale Unterbringung in privaten Wohnungen lautet die Devise. Unabhängig von ihrer Herkunft können so Nachbarn ihre Zukunft gemeinsam gestalten. Ghettos werden vermieden, verlassene alte Ortskerne neu belebt.

Insgesamt bietet diese auf Integration ausgerichtete Strategie die besten Perspektiven. Geflüchtete Menschen wollen arbeiten. In der Heimat erworbene Qualifikationen müssen anerkannt, Beschäftigungshindernisse für Frauen beseitigt, Jugendliche ausgebildet und in reguläre Arbeitsverträge übernommen werden, statt sie wie aktuell in Landeserstaufnahmeeinrichtungen zu isolieren. Für Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine flüchten, gibt es bereits gute Regelungen zur Arbeitsmarkt-

integration. Diese müssen auf alle Geflüchteten unabhängig von der Herkunft diskriminierungsfrei ausgeweitet werden.

Dabei gibt es Integration nicht zum Nulltarif. Bildungsangebote, Arbeitsplätze, Arztpraxen und Behörden müssen problemlos erreichbar sein. Ausbau und Verbesserung der Infrastruktur gehören ganz oben auf die Agenda der politischen Gremien in Marburg und im Landkreis. Hier ist auch das Land Hessen in der Pflicht, die Kommunen finanziell zu unterstützen. Davon profitieren neu Zugezogene und Alteingesessene gemeinsam. Im vergangenen Jahr haben die Flüchtlingsinitiativen der Region einen Forderungskatalog zusammengestellt und den politischen Gremien vorgelegt. Nun gilt es, diese umzusetzen!

Kurt Bunke

Vorsitzender des

Cölber Arbeitskreises Flücht-

Frauentag schon Tradition

LINKE auch östlich der Universitätsstadt im Einsatz



Kirchhain im Jahr 2011: DIE LINKE wird bei der Kommunalwahl erstmals ins Stadtparlament gewählt. Im folgenden Jahr ging die Drogeriekette Schlecker in die Insolvenz. Mit einer Flugblattaktion machten Genoss*innen des neugegründeten Ortsverbandes der Kirchhainer LINKEN auch auf das Schicksal der Mitarbeiter*innen in der lokalen Filiale aufmerksam.

Am 8. März 2012 wurden anlässlich des Internationalen Frauentages erstmals Nelken und Flugblätter in der Kirchhainer Fußgängerzone verteilt. In diesem Jahr, also zum elften Mal in Folge, wiederholten die Kirchhainer Genoss*innen ihre Aktion.

Zum nunmehr fünften Mal lud der Ortsverband am Frauentag zu einem themenbezogenen Filmabend ein: Im Großseelheimer Bürgerhaus wurde das Leben und Wirken Rosa Luxemburgs eindrucksvoll filmisch dargestellt.

Hans-Jürgen Sitt

Foto: Anja Kerstin Meier-Lercher

Flip the switch? Tax the rich!

Reichensteuer wirksamer als Kalduschen

Pünktlich zum Wintersemester wurden bundesweit auch die Studierenden mit Energiespartipps überhäuft, die als Nebeneffekt noch Geld aufs Konto zaubern sollten. Unter dem Motto „Flip the switch“ (den Schalter umlegen) – in den Köpfen und bei Heizungen und Elektrogeräten – wurde vom Deutschen Studentenwerk zur kalten Dusche oder zum Verzicht aufs Haare föhnen (spart bis zu 20 Euro im Jahr) aufgerufen. Wirkliche Entlastung für Studierenden? Fehlzanzeige.

Daraufhin rief der linke Studierendenverband SDS hessenweit die Gegenkampagne „Flip the switch? Tax the rich!“ ins Leben. Nicht Menschen mit wenig Einkommen,

sondern Kriegsprofiteur*innen und Reiche sollen zur Finanzierung der Krise herangezogen werden. Die zentralen Forderungen des SDS Hessen sind günstiges Menssaessen, das Aussetzen der Semesterbeiträge, ein Studienhonorar für alle,

Studi-VV berät soziale Lage

Demonstration fordert Maßnahmen gegen Verarmung

Auf Antrag des Student*innenparlaments der Uni Marburg fand am 19. Januar eine Vollversammlung (VV) der Studierendenschaft unter dem Titel „Flip the switch – 100 Mrd. für die Jugend“ statt.

Der Anlass waren die steigenden Lebenshaltungskosten und die da-

unbürokratische Soforthilfen und die Demokratisierung der Hochschulen. Zudem müssen die Studierendenwerke von der Landesregierung adäquat finanziert werden, damit diese ihrer Förderaufgabe ausreichend nachkommen können. So will auch der SDS Hessen den Schalter umlegen – hin zur Friedenspolitik und sozialen Entlastungen für alle. *Theresa Halder*

mit einhergehende Verschärfung der sozialen Lage der Studierenden. Sie sind durch die Inflation besonders betroffen, da 76,1 % von ihnen, die allein oder nur mit anderen Studierenden zusammen wohnen, armutsgefährdet sind. Zum Vergleich, diese Quote liegt in der Gesamtbevölkerung bei 15,8 %.

Themen der VV waren auch die Wohnungsnot, die Probleme beim BAföG und die hohen Lebensmittelpreise. Daneben wurden die Lage am Universitätsklinikum und die Klimakatastrophe besprochen.

Um diesen Problemen Aufmerksamkeit zu verschaffen, wurde eine studentische Demonstration gegen die Politik der Bundesregierung beschlossen. Diese mit – laut Oberhessischer Presse – 500 Teilnehmer*innen gut besuchte Protestaktion fand am 2. Februar parallel zum Besuch von Bundeskanzler Olaf Scholz in Marburg statt.

Luis Müller-Gerbes



Foto: Thorsten Richter

▲ Kanzler Scholz am 2. Februar mit Studierenden-Demo empfangen

In Startlöchern für Landtagswahl

Anna Hofmann und Jan Schalauske kandidieren im Kreis



Foto: Alex Gramer

▲ Anna Hofmann und Jan Schalauske wurden als Direktkandidat*innen für die Wahlkreise 12 und 13 aufgestellt.

Bei einer Versammlung im Februar hat DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf zwei erfahrene Kommunalpolitiker*innen mit großer Mehrheit als Direktkandidat*innen gewählt.

Anna Hofmann, gebürtige Warzenbacherin (Wetter), setzt sich seit Jahren im Kreistag für die Belange des ländlichen Raumes ein und wird den Wahlkreis 12 vertreten. Im Wahlkreis 13 tritt Jan Schalauske an, der seit 2017 Abgeordneter im Hessischen Landtag ist.

Beide eint der Wille, den Menschen in Kirchhain, Wetter, Stadtallendorf, Biedenkopf, Gladenbach,

Marburg und Co. ein gutes und gesundes Leben zu ermöglichen. Sei es die Gesundheitsversorgung auf dem Land oder durch das UKGM und der Bau von klimagerechten Sozialwohnungen; es gibt erheblichen Nachholbedarf. Das zeigte auch das Corona-Management oder der Umgang mit Geflüchteten. Bei allen Krisen werden die ärmsten Menschen der Gesellschaft gegeneinander ausgespielt.

Höchste Zeit also für einen Politikwechsel, den Hofmann und Schalauske gemeinsam mit ihren Ersatzbewerber*innen Ayla Arthur und Max Peter, sowie dem Kreisverband angehen wollen. Mehr Gerechtigkeit, Demokratie und Miteinander braucht es mehr denn je.

Fortsetzung von S. 1

MoVe35 mit Bremse

eine Untersuchung der Machbarkeit eines allgemeinen Nulltarifs verlangt hat. Wozu auch. MoVe35 ist offensichtlich kein Mobilitätskonzept für alle Menschen. Im Gegenteil, wer ohnehin mobil ist, soll das auch bleiben aber sich möglichst klimafreundlich bewegen. Und wer sich kein Auto oder den ÖPNV leisten kann, soll anscheinend auch in Zukunft nicht unsere Busse überfüllen, sondern bei jedem Wetter zu Fuß gehen oder Rad fahren – ist ja auch gesünder und klimafreundlicher. *Nico Biver*

Termine

► **1. Mai in Marburg Demonstration**

10.00 Uhr, Deserteur-Denkmal, Frankfurter Straße

Kundgebung

12.00 Uhr, Marktplatz
anschließend **Maifest**

► **#ichbinarmutsbetroffen**

Aktion der LINKEN-Landtagsfraktion
Mo., 15. Mai, 10.30-13.00 Uhr,
Gerhard-Jahn-Platz

► Öffentliche **Kreis-Mitgliederversammlung** der LINKEN

Do., 25. Mai, 19.30 Uhr,
LINKEN-Büro

Regelmäßige Termine

im **LINKEN-Büro, Elisabethstr. 9,**
35037 Marburg

► **Marburger Linke** öff. Fraktionssitzung, montags, 19.30 Uhr

► **Kreis AG** dienstags, 18.30 Uhr

► **SDS-Plenum** donnerstags,
18.00 Uhr



Die LINKE setzt für ihren Wahlkampf auf jede tatkräftige Person. Denn ungleich anderer Parteien generiert sie ihre Stärke nicht durch Spenden von Großunternehmen, sondern durch das Engagement der Menschen. *Philipp Henning*

Wiesbadener Zwischenruf

Zementiert

In Mittelhessen und Wiesbaden war vor wenigen Wochen ein Aufatmen zu hören. Das Gezerre um öffentliche Investitionsmittel für unser privatisiertes Uniklinikum endete in einer millionenschweren Vereinbarung, obwohl die Eigentümerin Rhön-AG zu Zeiten der Privatisierung einen Verzicht auf eben jene Förderung in Aussicht gestellt hatte. Fast eine halbe Milliarde Steuergelder soll das UKGM in den nächsten zehn Jahren vom Land erhalten. Die Beschäftigten hoffen darauf, dass ihnen dieser Deal etwas Sicherheit und Entlastung verschafft.

Das Problem: Der Einfluss des Landes auf das Klinikum erhöht sich trotz der Zahlungen nicht um ein Prozent. Damit zementiert der Deal der Wissenschaftsministerin Dorn (Grüne) die Privatisierung über die Laufzeit von zehn Jahren. Aber es gibt noch weitere Leerstellen: In der Vereinbarung fehlt ein absolutes Ausgliederungsverbot ebenso wie ein Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen für die Beschäftigten in bereits ausgegliederten Gesellschaften. Gerade diejenigen, die am meisten Schutz vor den Profitstrategien der Eigentümerin benötigen, werden nicht von der Vereinbarung erfasst.

DIE LINKE bleibt dabei: Die Unterwerfung der Gesundheitsversorgung unter die Profitinteressen großer Kapitalgesellschaften war, ist und bleibt ein schwerwiegender politischer Fehler. Die Privatisierung gehört rückgängig gemacht, so wie es auch 20.000 Menschen aus Mittelhessen mit einer Petition an den Landtag gefordert haben. Ein Rechtsgutachten hat gezeigt, dass das Land auf Basis des Grundgesetzes unser Klinikum zurückholen kann. Daran muss weiter gearbeitet werden. Dann bröckelt auch der Zement.

Jan Schalauske

Zeitenwende durch Ukraine-Krieg?

Diskussionsveranstaltung der LINKEN mit dem Verteidigungsexperten Jan van Aken

Der Angriffskrieg Russlands war Thema bei einer Diskussionsveranstaltung des Kreisverbands mit dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten und Verteidigungsexperten der LINKEN Jan van Aken. Der Krieg ist durch nichts zu rechtfertigen. Keine Vorgeschichte der NATO-Osterweiterung oder Westorientierung der Ukraine kann diesen völkerrechtswidrigen Akt der Aggression nachträglich bagatellisieren oder gar legitimieren. Als Partei, die an der Seite der Unterdrückten dieser Welt steht, gilt unsere Solidarität den Opfern dieses Krieges.

Die gegenwärtige Lage ist komplex sowie unübersichtlich und die schlichte Forderung nach immer mehr und besseren Waffensystemen wird das grausame Töten und Sterben in der Ukraine nicht beenden. Mittlerweile hat sich die Front im Osten der Ukraine zu einem Stellungskrieg entwickelt, der drastisch

an die Knochenmühlen des Ersten Weltkriegs erinnert.

Ein baldiges Ende des Krieges, sei es durch den Sieg einer Seite, grundsätzliche politische Veränderungen in einem der Länder oder überwältigende Kriegsmüdigkeit in den Gesellschaften, ist nicht in Sicht. Die absehbare Folge sind hunderttausende weitere Tote. Einzig am Verhandlungstisch kann der Krieg beendet werden. Dafür

ist es wichtig, auch russische Verbündete einzubinden, die den Kreml an den Verhandlungstisch zwingen könnten.

Das Auftreten der EU und Deutschlands ist hierbei leider wenig seriös. Das russische Gas wird von anderen Autokraten in Aserbaidschan und Katar ersetzt und etliche russische Milliardär*innen sind aufgrund wirtschaftlicher Interessen von Sanktionen ausgespart.



Foto: Rosa-Luxemburg-Stiftung



Foto: Landtagsfraktion der LINKEN

▲ Die Landtagsfraktion der LINKEN macht deutlich, was sie vom hessischen Versammlungs"freiheits"gesetz hält. Die schwarz-grüne Landesregierung plant die Grundrechte zugunsten von mehr Polizeibefugnissen massiv einzuschränken. Demos sollen künftig grundlos gefilmt werden können und einheitliche Kleidung ist verboten, was auch Klimademonstrationen und Streiks kriminalisieren könnte. DIE LINKE wird vor dem Staatsgerichtshof gegen das unsägliche Gesetz klagen.

Investitionen in Bildung, Gesundheit und Klimaschutz bleiben auf der Strecke, während enorme Geldsummen in die Kriegsmaschinerie investiert werden, obwohl die Militärausgaben der NATO 2022 laut SIPRI vierzehnmal höher waren als die russischen. Leidtragende sind die Menschen, deren grundlegende Daseinsvorsorge nicht gewährleistet ist. Dies wird nicht zuletzt am angespannten Wohnungsmarkt deutlich, wo erneut Geflüchtete und Sozialleistungsbezieher*innen gegeneinander ausgespielt werden. Rechte Demagog*innen freut es.

Um den Schrecken des Krieges langfristig zu entfliehen, hilft es nur, die militärische Logik zu durchbrechen. Abrüstungsverträge sollten von allen Seiten priorisiert werden. Der Fortbestand des Planeten und der Menschheit hängt davon ab.

Alexander Cramer

Impressum

Paroli

Herausgeberin dieser Ausgabe:
DIE LINKE, Marburg-Biedenkopf,
Fraktion Marburger Linke

Redaktion: Alex Cramer (verantw.),
Renate Bastian, Nico Biver, Philipp
Henning, Felix Pflüger

Layout: Nico Biver

Redaktionsschluss: 24.4.2023

Kontakt

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
Elisabethstr. 9, 35037 Marburg
Tel. 06421-163873
info@die-linke-marburg.de
www.die-linke-marburg.de